

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Mustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

Nr. 87.

Sonnabend, den 25. Juli

1903.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachermeisters und Schuhwarenhändlers **Friedrich Hermann Rasm** in **Schönheide** wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Eibenstock, den 18. Juli 1903.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der **Geburtstag Sr. Majestät des Königs Georg** wird in diesem Jahre nach folgendem Programm gefeiert werden:

Freitag, den 7. August 1903, abends 7 Uhr Zapfenreich.

Sonnabend, den 8. August 1903, früh 6 Uhr Bedruss durch das hiesige Stadtmusikkorps.

Nachmittags 1/2 Uhr Festmahl im Rathausaale.

Außerdem werden die städtischen und öffentlichen Gebäude **Flaggenshmnud** erhalten. An die gesamte Einwohnerschaft ergeht das Ersuchen, auch ihrerseits durch Beflaggen der Häuser oder auf sonstige Weise zu einer würdigen Feier dieses Tages nach Kräften beizutragen.

Eibenstock, den 15. Juli 1903.

Der Stadtrat.

Sesse.

M.

Mittwoch, den 29. Juli 1903,

Nachmittags 4 Uhr

soll im Hotel „Stadt Dresden“ hier, ein daselbst eingestellter eiserner **Kassaschrank** meistbietend gegen bare sofortige Bezahlung zwangsweise versteigert werden.

Eibenstock, am 24. Juli 1903.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Nachdem in Abteilung A. des hiesigen Friedhofes die **Bösegräber** sämtlich vergeben sind, werden die in Abteilung A¹ Lit. a. von Nr. 2—32 bereits verjährten **Reihengräber**, als **Bösegräber** bestimmt.

Politischer Wochenbericht.

Durch das Hochwasser in Schlesien ist ein schweres Unglück über das Land gekommen. Zahlreiche Menschenleben sind dem Elemente zum Opfer gefallen, das wir in gewöhnlichen Zeiten als ein beschränktes betrachten. Große Vermögen sind zerstört worden, ganze Häuser, die zum Wohnen oder zum Arbeiten bestimmt waren, sind hinweggeschwemmt, so daß man ihre Spur nicht mehr findet. Auf Weilen hinaus liegt der unfruchtbare Untergrund zutage, und das Erdreich, von dem wir die Früchte erwarteten, ist von dem Schlamm der Fluten begraben. Unzählige Familien, die auf eigenem Besitztum tätig, frei gewohnt haben, sind zu Bettlern geworden. Sie haben nicht allein verloren, was sie gehabt, sondern es ist ihnen auch auf absehbare Zeit die Möglichkeit genommen, wieder zu erwerben. Die Größe der Not erhebt aus einem Aufruf der obersten Provinzialbehörden in Schlesien an die Opferfreudigkeit der deutschen Nation. Hoffentlich findet diese Stimme edler Menschlichkeit Gehör in allen vaterländischen Gauen; denn die so schwer Heimgekehrten verdienen rasche und ausgiebige Hilfe, und für eine unverschuldete Bedrängnis hat das deutsche Volk stets eine offene Hand gehabt. Auch die preussische Staatsregierung hat sofort eine umfassende Hilfs-Aktion in die Wege geleitet, nachdem sich der Minister Freiherr von Hammerstein von dem furchtbaren Unglück persönlich überzeugt hat. Daß sich unter den Maßregeln der Regierung auch solche befinden, die eine Wiederholung ähnlicher Katastrophen verhüten sollen, verdient besonders Dank.

Mehr Freude als der Minister des Innern hat der preussische Kultusminister Studt auf seiner Inspektionsreise in Nordschlesien gehabt. Es handelte sich darum, durch eigene Beobachtung die Erfolge der preussischen Schulpolitik festzustellen, namentlich die der Oberpräsidial-Anweisung vom 18. Dezember 1888, durch welche in allen nord-schleswigschen Volksschulen bis auf den Religions-Unterricht der deutsche Unterricht eingeführt wurde. Das Ergebnis der Reise ist überaus erfreulich. Die Maßnahme der Regierung hat sich vortrefflich bewährt. Die Unterrichts-Verwaltung wird sich also auf eine Aenderung ihrer Schulpolitik unter keinen Umständen einlassen. Sie ist vielmehr seit einigen Jahren weiter gegangen, indem sie für die Schulen, in denen der Religionsunterricht noch dänisch ist, fakultativen deutschen Religions-Unterricht eingeführt hat, der in immer größerem Maße benützt wird. Die preussische Unterrichts-Verwaltung kann auf diese Erfolge stolz sein.

Die äußere Politik der Woche erhielt ihr Gepräge durch den Tod des Papstes Leo XIII. Nach 17-tägigem zähem Ringen mit dem Alzheimerschen Tod ist der greise Kirchenfürst erlegen. Die katholische Welt steht trauernd an der Bahre ihres kirchlichen Oberhauptes. Aber auch die, die in ihm nicht den Staatshalter Christi auf Erden verehrt haben, sollen dem Dahingegangenen den Tribut ihrer hohen Achtung. Die deutschen Blätter erkennen es dankbar an, daß der Verstorbene mit dazu beigetra-

gen hat, den Kulturkampf beizulegen und einen modus vivendi mit der katholischen Kirche zu finden, der sich bis heute bewährte. Unser Kaiser schätzte, wie er in seinem tiefempfundenen Beileids-Telegramm an das römische Kardinals-Kollegium hervorgehoben hat, in dem entschlafenen Träger der Tiara einen persönlichen Freund, den er wegen seiner außerordentlichen Gaben des Herzens und des Geistes bewunderte. Wer nach Leo XIII. den päpstlichen Purpur anlegen wird, ist nicht zu sagen. Die Vorbereitungen zur Wahl des neuen Papstes sind bereits im Gange. Deutschland bezieht sich einer strengen Zurückhaltung.

Von dem englisch-französischen Freundschafts-Verhältnis hört man nicht mehr viel, weil sich keiner dadurch hat verblüffen lassen. Die Amerikaner haben zum Schrecken des englischen Volkes, und unbekümmert um dessen Einspruch, plötzlich eine Reihe von Inseln in dem malayischen Meere in Besitz genommen, die nach ihrer Meinung zu den Philippinen gehören, tatsächlich aber der Insel Borneo vorgelegt sind und einen hohen strategischen Wert für einen etwaigen Angriff auf die englischen Besitzungen haben. Ebenso geht Rußland seinen Weg zielbewußt weiter, ohne auf die Empfindlichkeit Englands und seines neuen Freundes Rücksicht zu nehmen. Die Verhufe der englischen Presse, in Ostasien Japan gegen Rußland vorzuschieben, dürften ergebnislos bleiben. Auch in Japan erkennt die verständige Presse das Recht Rußlands, einen Teil der Mandschurei besetzt zu halten, rückhaltlos an, und die Erregung gegen Rußland wird sich wieder legen, soweit es noch nicht geschehen ist; denn am Ende werden die Japaner begreifen, daß England ihren Ehrgeiz nur zu eigenmächtigen Zwecken mißbrauchen will.

In Südafrika geht den Engländern ebenfalls nicht alles nach Wunsch. Der längst veröffentlichte Brief Vorhans mit seinen bitteren Klagen über die englischen Regierungs-Vertreter hat im Inselreich stark verstimmt, hauptsächlich weil er die rofigen Schilderungen der imperialistischen Presse über die Zustände in den neuerworbenen Ländern entkräftigt. Tief blicken läßt der dem englischen Parlament vorgelegte Antrag, in Südafrika ständig 25000 Soldaten zu unterhalten. Die Behauptung, die Hälfte solle für Indien bereit sein, wird schwerlich jemand für ernst nehmen. Ob die Reise des englischen Königspaares nach Irland das gewünschte Ergebnis haben wird, auf der grünen Insel die Herzen zu versöhnen, muß abgewartet werden.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Dem Reichskanzler Grafen Bälou ist neulich von dem Norddeutschen Gesangverein ein Ständchen gebracht worden. Die Sänger trugen Volkslieder vor. In seinem Dank für diese Aufmerksamkeit wies der Reichskanzler darauf hin, daß die Bevölkerung von Norddeutney im Kampf mit Wellen und Sturm ihrem Erwerbe nachgehen müsse, auch er habe vielfach mit gegnerischen Strömungen zu kämpfen, und gelegentlich blase ihm der Wind der Kritik um die Ohren. Er meine aber, daß sie beide, der Norddeutneyer und er, sich nicht irren

machen ließen, sondern den Weg weiter verfolgten, den sie für den richtigen hielten.

— Die „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben: Die Mitteilung, daß die zuständigen Regierungsstellen mit Erwägungen über eine Aenderung und Erweiterung des Gesetzes, betreffend die Dämpfung des unlauteren Wettbewerbes, beschäftigt sind, ist richtig, nur ist man in diese Erwägungen nicht erst in letzte Zeit eingetreten. Schon als das Gesetz geschaffen wurde, war man sich klar darüber, daß es mit der Zeit Ergänzungen nötig haben würde. Die Formen des unlauteren Wettbewerbes ändern sich und namentlich dann, wenn den letzteren durch ein Gesetz entgegengetreten wird. Es ist denn auch von den zuständigen Stellen den Vorgängen auf diesem Gebiete stetige Aufmerksamkeit zu teil geworden. Ob die Zeit zur Einbringung einer entsprechenden Vorlage an die Gesetzgebenden Faktoren des Reichs jetzt als gekommen zu erachten ist, dürfte wohl erst nach einiger Zeit entschieden werden.

— Bei den mancherlei Meldungen über „in Vorbereitung befindliche“ Gesetzentwürfe für den Reichstag ist wohl zu beachten, daß solche Arbeiten in den verschiedenen Reichsämtern keineswegs immer das Erscheinen der Vorlagen verbürgen. Es fällt auch hier manches Projekt der Gesetzgebung unter den Tisch; andere Entwürfe werden gewissermaßen auf Vorrat gearbeitet, für den Fall, daß einmal eine Notwendigkeit sich ergibt, darauf zurückzukommen. Das letztere gilt insbesondere von Steuerplänen. Es ist schon richtig, wenn gelegentlich die Mitteilung durch die Presse geht, diese und jene neue Reichssteuer sei fix und fertig. Aber man braucht in dem Gewerbe, das da „bluten“ soll, nicht gleich zu erschrecken. Denn es gibt wohl kaum ein ertragsfähiges Objekt, das in dieser vorbereitenden Art nicht aufs Korn genommen ist. Aber eine andere Frage ist, ob und wann der Fall praktisch wird.

— Zum Verhältnis Deutschlands zu England, dieser beinahe wichtigsten politischen Frage der Gegenwart, nimmt jetzt auch der deutsche Flottendirektor in seiner Monatschrift „Die Flotte“ vom Juli Stellung und kommt nach einer Auseinandersetzung der Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland in ihrer historischen Entwicklung zu folgendem Schlußergebnis: „Auf die Zeit der kritischen Schwärmerie für England ist bei uns eine — als Uebergangsspanne notwendige — Zeit der kritischen Segnerhaft gefolgt, die naturgemäß dort lebhaft empfunden worden ist. Die frühere Geringschätzung Englands gegen uns ist einer Abneigung gewichen, die immerhin mit einer größeren Achtung gegen uns gemischt ist und insofern ein Moment der nationalen Selbstbestimmung darstellt. Geht diese Selbstbestimmung weiter, wie im Interesse beider Völker zu wünschen ist und gelangt man in England zu demjenigen Grade richtiger Wertschätzung Deutschlands, daß man unsere Gleichwertigkeit ruhig anerkennt, so ist der Hauptgrund der jetzigen tiefen Verstimmung zwischen beiden Völkern, der Hauptanlaß zu beständigen Reizungen beseitigt. Je stärker unsere Kriegsslotte wird, um so leichter wird es England fallen, und die gebührende Achtung nicht zu verfahren.“